

Schwierige Zeiten für den Sozialen Arbeitsmarkt

Nur wenige Verschlechterungen konnten verhindert werden

Über den Status quo in der Arbeitsmarktförderung, die Situation von Langzeitarbeitslosen und die Schwierigkeiten von Qualifizierungs- und Beschäftigungsträgern diskutierten fünf Expertinnen und Experten mit mehr als 150 Gästen im Fachforum „Sozialer Arbeitsmarkt oder Sozialdarwinismus?!“

„Aktive Arbeitsmarktpolitik ist mühsam. Wer schon lange in der Grundsicherung hängt, wer älter als 55 Jahre ist, ohne Berufsausbildung oder Schulabschluss, der hat es schwer. Diese Menschen profitieren nicht vom Aufschwung.“ Mit diesem Zitat des Chefs der Bundesagentur für Arbeit Frank-Jürgen Weise eröffnete Werner Lüttkenhorst vom Paritätischen NRW das Forum, das mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung sowie Dienstleistern der Arbeitsmarktförderung alle wesentlichen Akteure des Themenfeldes zusammenbrachte. Eben für diese auch vom BA-Chef benannte Gruppe von Menschen, in NRW rund 100 000, ist der Soziale Arbeitsmarkt mitunter die letzte Rettung.

Möglichst nah an Normalarbeit

Dr. Peter Bartelheimer vom Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen betonte, dass der Soziale Arbeitsmarkt nur als letztes Mittel für Langzeitarbeitslose eingesetzt werden dürfe und sie zuvor möglichst arbeitsmarktnah gefördert werden müssten. Denn für die Förderung gilt: „Je näher an Normalarbeit, desto besser das Teilhabeergebnis.“ Deshalb sollten auch Beschäftigungsverhältnisse im Sozialen Arbeitsmarkt wertschöpfend, tariflich oder ortsüblich entlohnt und voll sozialversicherungspflichtig sein. Eine Durchlässigkeit zum ersten Arbeitsmarkt müsse stets gegeben sein. Dort jedoch, wo ein solcher Übergang nicht zu schaffen sei, müsse auch der „Aufstieg“ in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis im Sozialen Arbeitsmarkt möglich sein, so Bartelheimer, der dabei den öffentlichen Dienst ins Spiel bringt.

Bundespolitik hält an Kurs fest

Natürlich braucht es für solche Bemühungen den entsprechenden politischen Rahmen. Und der ist durch den Sparkurs des Bundes und das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen (Instrumentenreform), nicht gerade komfortabler

geworden. Die guten Ansätze der Großen Koalition, so Dr. Joachim Rock vom Paritätischen Gesamtverband, würden zunichte gemacht. So seien mit dem Instrument der Jobperspektive erstmals unbefristete wertschöpfende Beschäftigungsverhältnisse im Sozialen Arbeitsmarkt etabliert worden. Die aktuelle gesetzliche Änderung schreibt jedoch ab 2012 erneut eine Befristung auf zwei Jahre vor.

Zwar habe der Paritätische auf Bundesebene und regional massiv für Verbesserungen im Gesetzesvorhaben gekämpft, unter anderem mit einem von mehr als 3 100 Fachleuten unterzeichneten arbeitsmarktpolitischen Appell. Seine nüchterne Erkenntnis lautet jedoch: „Wir haben viel mit der Politik geredet, aber nur wenige Verschlechterungen verhindern können.“ Selbst Barbara Molitor vom NRW-Arbeitsministerium zeigte sich enttäuscht vom Bundeskurs, nachdem ein von NRW und anderen Ländern eingebrachtes Positionspapier für einen marktnahen und nachhaltigen Sozialen Arbeitsmarkt keine Berücksichtigung im Bundesgesetzverfahren gefunden hatte.

Trägern wird Wasser abgegraben

Wie der Paritätische halten auch die kritischen Landesregierungen die Finanzierung über einen Passiv-Aktiv-Transfer für geboten: die Trennung der Lohnkostenzuschüsse für Beschäftigte im Sozialen Arbeitsmarkt von den Mitteln der aktiven Arbeitsmarktförderung und stattdessen der Einsatz passiver Mittel (Geld für Unterkunft und Arbeitslosengeld II). Doch das ist bislang nur ein frommer Wunsch, harte Realität hingegen ist die Fortsetzung des Sparkurses. Wie der sich in Zahlen ausdrückt, erklärte Johannes Pfeiffer von der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit: 980 Mio. Euro weniger für arbeitsmarktpolitische Instrumente 2012 in NRW, ein Minus von 16,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.



(V. li.) Dr. Joachim Rock, Johannes Pfeiffer, Werner Lüttkenhorst, Barbara Molitor, Dr. Peter Bartelheimer

Trägern und Langzeitarbeitslosen ohne Perspektive werde dadurch das Wasser abgegraben, sagte Julian Beywl, ASH-Sprungbrett-Geschäftsführer und Sprecher des Facharbeitskreises Arbeit und Qualifizierung. Bereits 2011 hätten massive Einbrüche in den Auftragsbüchern der Arbeitsmarktträger zu erheblichen personellen und finanziellen Schwierigkeiten geführt. Mit den beschlossenen Kürzungen werde die Konzentration der Anbieter auf große Qualifizierungskonzerne fortgesetzt, kleinere Träger mit Angeboten für spezielle Zielgruppen blieben auf der Strecke. Weil weder ausreichend Mittel für Arbeitsgelegenheiten noch für Beschäftigungsverhältnisse im Sozialen Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden, würden die Möglichkeiten für den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit und für gesellschaftliche Teilhabe für Langzeitarbeitslose massiv eingeschränkt, so Beywl. Das sind weder rosige Aussichten für Langzeitarbeitslose noch für Träger der Beschäftigungsförderung im Paritätischen.